

Studienhandbuch Östliches Europa

Band 1:
Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas

Herausgegeben von
HARALD ROTH



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

17. Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch Gladbach 1996.
18. Türkei. Hg. Klaus-Detlev Grothusen. Göttingen 1985 (= SOE-Handbuch 4).
19. Türkiye Tarihi [Geschichte der Türkei]. Hg. Sina Akşin. 4 Bde. İstanbul 1989. *Klassiker der marxistisch-revisionistischen türkischen Geschichtsschreibung.*
20. Zürcher, Erik J.: Turkey. A Modern History. London, New York 1997. *Für Studenten konzipierte Einführung, Bibliographie.*

Grundlegende Monographien und Aufsätze

21. Agüinoğlu, Hüseyin: Genese der türkischen und kurdischen Nationalismen im Vergleich: Vom islamisch-osmanischen Universalismus zum nationalen Konflikt. Münster 1997.
22. Akcam, Taner: Armenien und der Völkermord: die Istanbul Prozesse und die türkische Nationalbewegung. Hamburg 1996.
23. Bahçeli, Tozun: Greek-Turkish Relations since 1955. Boulder/Co. 1990.
24. Bozkurt, Askim: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei. Hamburg 1997.
25. Dadrian, Vahakn N.: The History of the Armenian Genocide. Ethnic Conflict from the Balkans to Anatolia to the Caucasus. Providence/RI 1997.
26. Deringil, Selim: Turkish Foreign Policy During the Second World War: An 'Active' Neutrality. Cambridge 1989.
27. Gronau, Dietrich: Mustafa Kemal Atatürk oder die Geburt der Republik. Frankfurt/M. 1994.
28. Hanioglu, Suekrue M.: The Young Turks in Opposition. New York 1996.
29. Kramer, Heinz: Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei: Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft. Baden-Baden 1988.
30. Müftüler-Bac, Meltem: Turkey's Relation with a Changing Europe. Manchester 1997.
31. Nachmani, Amikam: Israel, Turkey and Greece. Uneasy Relations in the East Mediterranean. London 1987.
32. Özgür, Özdemir A.: The Greco-Turkish Disputes over the Aegean Sea. In: SOE 45 (1996), S. 615-638.
33. Pöschl, Rainer: Vom Neutralismus zur Blockpolitik. Hintergründe der Wende in der türkischen Außenpolitik nach Kemal Atatürk. München 1985.
34. Volkan, Vamik; Itzkowitz, Norman: Turks and Greeks. Neighbours in Conflict. Huntingdon 1994.
35. Weiker, Walter F.: Ottomans, Turks, and the Jewish Polity. A History of the Jews of Turkey. Lanham 1992.

Zeitschriften

36. International Journal of Turkish Studies (Madison/Wi.) 1979/80ff.
37. Journal of Turkish Studies (Cambridge/Ma.) 1977ff.
38. Middle East Survey (Washington) 1980ff.
39. Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik und Wirtschaft des Orients (Hamburg) 1959ff.
40. Turkish Probe (Ankara) 1980ff.
41. Turkologischer Anzeiger (Wien) 1975ff.
42. Zeitschrift für Türkeistudien (Essen) 1989ff.

Peter Zervakis

Für diesen Beitrag liegt eine überarbeitete und aktualisierte Fassung vor!

Ungarn

Historische Grundzüge

Von der Landnahme bis zum Untergang des mittelalterlichen Königreichs
 Die Ungarn, deren Ahnen die Sprachwissenschaft in der ugrischen Gruppe der uralischen Finnougrier ausmacht, wanderten nach Aufsplitterungen ihrer Urgemeinschaft aus den bewaldeten Gebieten des Ural und Ob in die südrussische Steppe ein. Volk und Führung ihres in der ersten Hälfte des 9. Jhs. gegründeten Fürstentums waren der Herkunft nach dreifach gemischt. Neben zwei turko-bulgarischen Elementen, den Onogur-Bulgaren (auf die „Ungar“, „Hungarus“, „Hongrois“ als Fremdbezeichnungen zurückgehen) und den Kavaren, prägten die am zahlreichsten vertretenen finnisch-ugrischen Magyaren die Wesenszüge des Stammesgemisches aus. Der so später als „magyar“ eigenbezeichnete Verband hatte kaum seinen Einflusbereich auf „Etelköz“, das Gebiet von der Donaumündung bis zum Dnjepr, ausgedehnt, als er infolge einer mißratenen Waffenhilfe für Byzanz gegen die Donau-Bulgaren von deren Verbündeten, den Petschenegen, überrollt wurde. Wegen der Westbewegung der innerasiatischen Nomaden blieb ihm nur der Fluchtweg über die Pässe der Nord- und Ostkarpaten sowie entlang der Donau in das Karpatenbecken. 895/896 zogen sieben ungarische Stämme in den mittleren Donauraum ein, der im Westen und Südwesten unter ostfränkischem und mährischem, im Osten unter bulgarischem Einfluß stand und mehrheitlich slawisch bevölkert war. Hier begründete Großfürst Árpád die nach ihm benannte Dynastie. Die schrittweise Landnahme der ca. 0,5 Mio. Ungarn wurde durch die geringe Organisationsstärke der drei regionalen Mächte sowie die zahlenmäßige Unterlegenheit und Assimilationsbereitschaft der ansässigen Bevölkerung begünstigt. Von 900 an war sie von Streif- und Raubzügen in westlicher und östlicher Richtung begleitet, mit denen die Oberschicht der halbnomadischen Reiterhirten die materiellen Ansprüche und die Kampflust der Gefolgschaftskrieger zu befriedigen und die Selbstverwirklichung im neuen Siedlungsgebiet durch Schwächung angrenzender Mächte abzusichern suchte. Die Niederlage der ungarischen Streitmacht gegen das christliche Heer König Ottos I. (des Großen) auf dem Lechfeld (bei Augsburg) 955 leitete die Organisation des noch heidnischen Stammesverbandes in neue politische und ideelle Bahnen um. Maßgeblich bei der Festigung der Zentralgewalt war die Entscheidung des Großfürsten Géza, sich dem westlichen Nachbarn durch die Annahme des christlichen Glaubens anzunähern und sein Land der Mission durch das Passauer Bistum anzuvertrauen. Die Heirat seines Sohnes Stephan mit der bayerischen Herzogstochter Gisela leitete um die Jahrtausendwende die Eingliederung des ungarischen Königreiches in die lateinisch-christliche Ländergemein-

schaft ein, die durch die Krönung Stephans Anfang 1001 mit einer von Papst Silvester II. übersandten Krone besiegelt wurde.

Stephan I. stützte sich bei der Einbürgerung der westkirchlichen Staatskonzeption auf eine straffe politische und rechtliche Verwaltung, die in königliche *Gespannschaften untergliedert war. Sie trug zur endgültigen Ausschaltung örtlicher Stammeswiderstände und zur Bewältigung der religiösen Umerziehungsaufgaben der neu geschaffenen katholischen Bistümer bei. Die karolingisch und bayerisch inspirierten Gesetze des Königs sicherten die weltliche Grundlage der starken Zentralmacht im ungarischen Frühfeudalismus, in dem das östliche *Geblütsrecht dem Herrscher Land und Bevölkerung als familiäres Erbgut zuwies.

Unter den Nachfolgern Stephans im 11. Jh. stand die geblütsrechtliche Tradition einer durchgängig festen Regelung der Thronfolge entgegen. Innerfamiliäre Machtkämpfe führten zur zeitweiligen Aufteilung des Landes unter verfeindeten, teilweise wieder heidnisch gesinnten Lagern. Hinzu kam, daß Ungarn während der Regierungszeit der Salier im 11. Jh. in lehnrechtliche Abhängigkeit vom benachbarten Römischen Reich zu geraten drohte, während es vom Osten her von wiederholt einbrechenden Turkvölkern bedroht war. Erst Ladislaus I. gelang es, dem Reich Einheit und Abwehrfähigkeit wiederzugeben. Gegen Ende des 11. Jhs. ging er sogar zur außenpolitischen Offensive über, die mit der Einverleibung Slawoniens 1089 und /Kroatiens 1091 sowie – unter dem nachfolgenden König Koloman – Dalmatiens 1102 endete. Ihr wesentliches Ergebnis war die personalunionistische Staatsgemeinschaft Ungarns und Kroatiens, die bis 1918 bestand.

Die Wiedereinführung des autokratischen Staatskirchentums erlitt um die Wende des 11. zum 12. Jh. neuerliche Rückschläge. Der König war gerade der Landeseinheit willen auf die Unterstützung der weltlichen Großen angewiesen, die angesichts der Thronkämpfe meinten, den Staat mitlenken zu müssen. Die Zentralmacht erfuhr auch von kirchlicher Seite Einschränkungen, nachdem der oben erwähnte Vorstoß bis zur Adriaküste mit einer Anlehnung an das Papsttum, den vormaligen Lehnsherrn Kroatiens, abgestützt und der Landeskirche der Weg aus der königlich-weltlichen Bevormundung geöffnet worden war. Während der Herausbildung vorständischer Strukturen kam ab Mitte des 13. Jhs. eines der wichtigsten Merkmale des ungarischen Hochfeudalismus immer mehr zum Tragen: die fortschreitende innere Begrenzung der übergewichtigen Königsmacht. Die Besiedlung nord- und südöstlicher Grenzgebiete mit deutschen **hospites* aus dem Westen des Heiligen Römischen Reiches, so der *Sachsen in /Siebenbürgen, galt ebenso der militärischen Sicherung der Außengrenzen des monarchischen Einflusses wie die nach mehrfachen Umsiedlungen endgültige Niederlassung der *Szekler, eines ungarischsprachigen *Hilfsvolkes im einst landnehmenden Stammesverbund, am Westhang der Ostkarpaten.

Mit der Binnenmigration der Siedler aus der Fremde und aus den eigenen Reihen formte sich das System der *Komitate aus. Dabei fing der Zusammenschluß der begüterten Freien, der zum Militärdienst verpflichteten **servientes regis*, zum Gemeinadel an. Dessen Rechtsverhältnis dem König, bald auch weltlichen und kirchlichen Grundbesitzern gegenüber war locker geregelt und unvererbbar. Eine andere Trägergruppe dieser bis zum 15. Jh. andauernden Entwicklung hin zum Ständewesen bildeten die Burgministerialen, die ihrerseits aus der Reihe der **iobagiones castri* emporstiegen. Antrieb gaben der Vergesellschaftung des mittelalterlichen Ungarn auch die szeklerischen und sächsischen *Grenzwächter im Osten des Reiches, denen die Königsmacht rechtliche und in der Folge soziale, langfristig auch ethnische Eigenständigkeiten in den jeweiligen Lebensbereichen gewährte. Gleichzeitig mit den zur Mitte des 13. Jhs. belegbaren Anfängen einer Selbstverwaltung des „Adelskomitats“, der regional umgrenzten Interessenvertretung der Grundbesitzer, war die Formierung der hochadligen Richtung, der „Aristokratie“, im Gange. Die von Geburt bevorrechteten Großen, die *Barones* oder **Magnates*, zogen aus den stetig anwachsenden Anforderungen monarchischer Innen- und Außenpolitik ihren Nutzen.

Der Prozeß territorialherrschaftlicher Machtaufsplitterung stockte nur vorübergehend, als Béla III. im letzten Drittel des 12. Jhs. ein autokratisches Königtum einrichtete. Ein erneuter Bruderzwist und die Gewohnheit des letztlich siegreichen Andreas' II., den Besitz der Krone zu verschwenderischem und kriegslustigem Herrschertum zu mißbrauchen, ließ zu Beginn des 13. Jhs. die Staatsausgaben und die Zahl der Hofgünstlinge gleichermaßen anwachsen. Damit bereitete er den Weg zu einer Adelsrevolte, deren Ergebnis, die dem Monarchen abgerungene „Goldene Bulle“ von 1222, den niederen und hohen Adel u.a. in Steuer- und Militärangelegenheiten umfangreich privilegierte. Sie versetzte die Gemeinadligen in die Lage, sich gegen eine Unterdrückung durch geburtsadlige Grundherren zu wehren und ihren Aufstieg zum politisch-sozialen Faktor fortzusetzen. Doch als Béla IV. die Grundbesitzschenkenungen seines Vorgängers außer Kraft zu setzen anfang, um für die königliche Autorität die wirtschaftlichen Quellen wiederzugewinnen, sah er sich außer den Aristokraten einem weiteren Widersacher gegenübergestellt, der die Existenz Gesamtungarns gefährdete: den Mongolen (oder *Tataren). Das Steppenvolk verwüstete 1241/42 hauptsächlich die nördlichen und östlichen Gebiete des *Stephansreiches. So blieb dem König immerhin der am dichtesten bevölkerte Westen als Ausgangsbasis siedlungspolitischen Neuaufbaus, an dem neben neuen bäuerlichen und wehrbereiten Einwanderern die Sachsen mit langfristig belebender Wirkung auf Städtewesen und Bürgertum mitwirkten.

Die rasche Erholung des Staates nach dem Mongolensturm zeigte sich auch in der fortschreitenden Institutionalisierung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den südlichen und östlichen Randgebieten des Reiches, näm-

lich durch die Ämter des **Banus* in Kroatien und Slawonien sowie des **Woiwoden* in Siebenbürgen, deren Ursprünge ins 12. Jh. zurückreichen. Da Béla IV. auf die Wehrkraft der Aristokratie angewiesen war und letztere nicht an der Entfaltung zu hindern vermochte, war er bestrebt, die Mittelschicht der *servientes regis* als gesellschaftlich-politischen Gegenpol zu stärken.

Unter seinen weniger beherzten Nachfolgern geriet das Gleichgewicht im Staatsapparat aus den Fugen. Der hochadlige Machtblock war in sich zerstritten und von seiner noch zu schwachen gemeinadligen Opposition kaum zu bändigen. Der Hof war weder willens noch fähig, die Bildung von innerstaatlichen Territorialherrschaften zu verhindern. Nachdem die **Arpaden* im innenpolitischen Chaos des frühen 14. Jhs. ausgestorben und verschiedene ausländische Thronprätendenten gescheitert waren, gewannen die Befürworter des zuvor in die ungarische Dynastie eingeheirateten neapolitanischen Anjou-Hauses die Oberhand in den Parteienkämpfen. Die Erbmonarchie wurde so zu einem Wahlkönigtum mit starker dynastischer Prägung. Karl I. (Robert) und Ludwig I. (der Große) von Anjou verwandelten das angeschlagene Reich im 14. Jh. in eine regionale Großmacht. Sie brachten Aristokraten hinter sich, die den Staatsapparat zu festigen halfen, ohne dafür über Gebühr belohnt werden zu wollen. Das gewählte Herrscherhaus behielt sich die Regierung ohnehin nach der Art der frühen *Arpaden* gebührenrechtlich vor, womit es die Weiterentwicklung des ständischen Vertretungssystems abbremsste. Als Gegenleistung für die Maßregelung der Oberschicht sicherte der Gemeinadel seine Teilnahme an Waffengängen im Ausland zu, die ihm seit der „*Goldenen Bulle*“ nur unter bestimmten Bedingungen auferlegt gewesen war. Das Bündnis zwischen König und den beiden sich noch herausbildenden Adelsgruppen spiegelte das königliche Dekret von 1351 wider, das die „*Goldene Bulle*“ um die Bestimmung der *una et eadem libertate* (ein und dieselbe Freiheit) des niederen und hohen Adels ergänzte. Als weitere Neuerung schrieb die Urkunde die bis 1848 gültige **Avizität*, das adlige Vorverkaufsrecht auf Erbgüter, fest. Solcherart zu einer einzigen Schicht zusammengefaßt und rechtlich aufgewertet, begann der Adel, sich von seiner untergeordneten Wirtschaftskraft, dem noch zum freien Umzug berechtigten Bauerntum, sozial abzugrenzen.

Der mit starker Hand geführte, also eher fürstlich als ständisch organisierte Staat der Anjou rundete seine Reformbemühungen auf ökonomischem Gebiet ab. Das Ungarn des 14. Jhs. trat in enge Wirtschaftsverbindungen mit dem europäischen Westen, die es dank einer friedenspolitisch ausgerichteten Koalition mit /*Böhmen* und /*Polen* um /*Österreich* herum gewinnbringend aufrechterhielt. Seine materiellen Gewinne befähigten es zu einer Außen- und Heiratspolitik, die auf Gebietseroberungen im polnisch-galizischen, im balkanischen und im süditalienischen Raum abzielte. Längerfristig wog aber schwerer, daß es den Anjou nicht gelang, den in Richtung Karpatenraum vordringenden Osmanen entscheidende militärische Verluste zuzufügen.

Die Versäumnisse bei der Erkennung und Bekämpfung der vom Balkan her drohenden Gefahr versuchte der nächste Wahlkönig Ungarns, Sigismund von Luxemburg, nachzuholen. Bald sah er sich aber in die defensive Landesverteidigung zurückgedrängt, die er im Bunde, zeitweise im Streit mit dem Hochadel zu meistern gedachte. Da er mit einer beinahe absolutistischen Autorität herrschte, vermochte sich das ungarländische Ständewesen erst nach seinem Tod voll auszugestalten.

Das von Sigismund vererbte zentralistische System trug in den letzten Jahrzehnten des ungarischen Mittelalters den Stempel innerer Wirren und äußerer Bedrohung. Unter Albrecht von Habsburg schien der Gemeinadel seine politischen Mitwirkungschancen erhöhen zu können. Doch die Großgrundbesitzer-schicht war inzwischen mächtig genug, während der nach dem Tode Albrechts ausgebrochenen Thronkämpfe die Macht an sich zu reißen. Gegen Mitte des 15. Jhs. traten aber Kräfte auf den Plan, die ihre Wirtschaftskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen gewillt waren. Aus ihrer Reihe ragte der Feldherr Johannes Hunyadi hervor, der während des Interregnums der Aristokraten im Amt des **Reichsverwesers* königliche Funktionen erfüllte.

Der in der Staatskunst begabtere und ehrgeizigere Sohn Hunyadis, König Matthias I. Corvinus, löste unbotmäßige durch königstreue Aristokraten ab, regelte die Hoffinanzen durch steuer- und zollpolitische Maßnahmen und förderte ständische Gegengewichte zu wirtschaftsmächtigen Interessengruppen, so den Reichstag, den Komitatsadel sowie die Handels- und Bauernstädte. Die gestiegenen Staatseinnahmen erlaubten ihm die Bezahlung eines stehenden Söldnerheeres, das er allerdings seltener gegen die Osmanen als im Dienste seiner westlich orientierten Außenpolitik einsetzte. Mit seinem innenpolitischen Zentralisierungswerk schuf Matthias eine Grundvoraussetzung für seine in der Geschichte Ungarns am längsten nachwirkende Tat: die Einbürgerung und großzügige Pflege des humanistischen Bildungsideals.

Die Kräfte der politischen und gesellschaftlichen Verselbständigung kamen an der Wende des 15. zum 16. Jh. in verhängnisvollem Ausmaß zum Zuge. Der privilegienbewußte Hoch- und Gemeinadel wälzte die Verantwortung für den militärischen Schutz des Reiches auf die Monarchie ab, die wirtschaftlich zu schwach und außenpolitisch zu tief in Hegemonialkämpfe verwickelt war, um den nunmehr wuchtigen Vorstoß der Osmanen ins Landesinnere aufzuhalten. In der Schlacht bei Mohács verlor Ungarn 1526 seinen König, die meisten seiner weltlichen und kirchlichen Würdenträger und seine politische Selbständigkeit. Die Jahrzehnte des in diesem Ereignis gipfelnden Niedergangs mittelalterlicher ungarischer Staatlichkeit waren zugleich diejenigen der abschließenden Festigung von deren ständischen Bestandteilen. Die Dualität zwischen Königtum und Adel fußte im Bündnis der beiden Pole, verankert in der Sammlung ungarischer Rechtsgewohnheiten, dem *Tripartitum Juris Consuetudinarii Hungariae* (1514). Das „*Dreierbuch*“ blieb – ohne je zum Gesetz erho-

ben worden zu sein – bis 1848 wichtigste Verweisquelle ungarischen Staatsrechts. Es formulierte die Lehre von der hl. Krone als höchstem Symbol königlicher und adliger Macht. Daraus leitete sich die Idee von den umfassenden Vorrechten oberhalb der rechtlosen und fortan schollengebundenen Bauernschaft ab. Den mittelbaren Anlaß dazu lieferte das erstarkende Bestreben des Gemeinadels nach Absicherung seiner politischen Stellung. Der Erfolg dieser Bewegung erklärt den im europäischen Vergleich hohen Anteil der adligen Mittelschicht an den Führungsgruppen des neuzeitlichen Ungarn. Unmittelbar ausgelöst wurde die innergesellschaftliche Spaltung durch einen landesweiten Bauernkrieg 1514, den die bedrängten weltlichen und kirchlichen Großgrundbesitzer mit einem System endgültiger Grundhörigkeit beantworteten. (→ Magocsi: Karte 8)

Das dreigeteilte Ungarn

Noch bevor die Hauptstadt Ofen 1541 kampflos in osmanische Hände fiel und damit Mittelungarn mit dem *Paschalik Ofen an der Spitze dem /Osmanischen Reich einverleibt wurde, erschien in der ungarischen Politik ein neues Ordnungsprinzip. Nach Mohács und dem einstweiligen Rückzug der siegreichen Truppen stritten eine „fremde“ und eine „nationale“ Partei um den Thron, ohne nach der doppelten Königswahl des Habsburgers Ferdinand I. und des siebenbürgischen Woiwoden Johann I. Szapolyai den eigenen Willen vollständig durchsetzen zu können. Je nach Stand des Kräftespiels versuchte das nationale Lager, Ferdinand entweder mit französischer und osmanischer Hilfe einzukreisen oder ihn mit Geheimabsprachen zum Einsatz gegen eine Spaltung Ungarns zu bewegen. Die Folgen dieser allseitig mißtrauensfördernden Schaukelpolitik waren die Maßnahmen, mit denen die *Hohe Pforte einer Machtübernahme des Habsburgers in Gesamtungarn zuvorkam: die politisch-rechtlich-militärische Besetzung Mittelungarns sowie die Errichtung des tributpflichtigen Kleinstaates Siebenbürgen. Der westliche Gegner wurde auf den nördlich-westlichen Gebietsstreifen um die neue Hauptstadt Preßburg zurückgedrängt, wo in der staatsrechtlichen Nachfolge des nach 1526 zerfallenen Reiches das „königliche Ungarn“ entstand (/Slowakei/Oberungarn). Hier verschärfte die gegenreformatorische und zunehmend absolutistische Zentralisierung der Habsburger die Machtdualität zwischen Zentralgewalt und Ständen zu einem Gegensatz, in dem die nichtkatholischen Verfechter der politischen Selbstbestimmung auch für nationale und religiöse Freiheit stritten. Im Hintergrund dieses neuen Optionsfeldes wuchs das seit dem späten 16. Jh. überwiegend protestantische Siebenbürgen zum Hüter einer vernationalen ungarischen Gesamtstaatsidee heran. (→ Magocsi: Karte 19b)

Während der stufenweisen Verdrängung der Osmanen aus dem Karpatenraum erkannten die ungarischen Stände das Erbrecht der männlichen Vertreter der Habsburger-Dynastie auf die ungarische Krone an. Doch die Übergriffe der österreichischen Militär- und Finanzverwaltung und der Verzicht des Herr-

schers auf eine Einberufung der Stände ließen den landesweiten Freiheitskampf des Fürsten Franz II. Rákóczi ausbrechen, der 1707 mit der Absetzung der Dynastie durch den Reichstag der Aufständischen den Höhepunkt erreichte, ohne militärisch-diplomatische Rückendeckung jedoch scheitern mußte.

Ungarn im Habsburgerreich

Der um die Wende zum 18. Jh. beginnende Neuaufbau Ungarns von Wien aus ging unter widersprüchlichen Rahmenbedingungen vor sich. Trotz territorialer Zergliederung und biologischen Aderlasses der ungarischen Bevölkerung hatte sich im 16.-17. Jh. die ungarische Staatsidee als überlebensfähig erwiesen. Der sich aus den osmanisch besetzten Gebieten zurückziehende Adel war in Handel und Gewerbe des königlichen Ungarn und Siebenbürgens geschäftsbelebend aufgetaucht. Die Soldaten und Bauern waren für ihre militärischen Schutzaufgaben entlang der Grenze zum osmanischen Herrschaftsreich als *Armalisten zahlreich geadelt worden und füllten seither die Schicht der Gemeinadligen weiter auf. So mehrten sie deren Bewußtsein, Träger nationaler Freiheitsideale zu sein.

Beim Anbruch der spätfudalistischen Zeit nach der Osmanenherrschaft sah die adlige Gesellschaft Ungarns allerdings neuen Gefahren der inneren Spaltung entgegen. Die schon in der ersten Hälfte des 16. Jhs. vorgenommene Teilung des Reichstags in die Obere Tafel der Magnaten und der Bischöfe sowie in die Untere Tafel des restlichen Adels mit den königlichen Freistädten und dem niederen Klerus grenzte die im Mittelalter wenig geschlossene Grundbesitzerschicht künftig fest vom Mittelstand ab. Die gesamte Ständegewalt gliederte sich überdies auch räumlich auf. Das Königreich Ungarn, das Fürstentum Siebenbürgen sowie Kroatien-Slawonien samt *Militärgrenze wurden mit eigenen Landesbehörden unmittelbar Wien unterstellt. Die Angst vor der Schwächung der „adelsnationalen“ Einheit von Kernland und Nebenländern der ungarischen Krone legte vor allem im kleinadligen Umfeld die Keime der in historisch-geographische Argumente eingebetteten „Hungarus-Konzeption“. Dieser Idee nach gehörten alle Bevölkerungsgruppen Ungarns mit ihren ethnisch-kulturellen Sondermerkmalen der *natio Hungarica* an.

Der Hungarus-Patriotismus wurde in der Zeit Karls III. (VI.), Maria Theresias und Josephs II. von der gesamtmonarchischen Vereinheitlichungsideologie des Wiener Hofes überlagert. Die von den ungarischen und siebenbürgischen Ständen angenommene *Pragmatische Sanktion von 1722/23 sanktionierte zwar das weibliche Thronfolgerecht mit dem Grundsatz der Unteilbarkeit des /Habsburgerreiches. Doch die Beschränkung der Souveränität des theoretisch unabhängigen ungarischen Teilstaates forderte auch von der Dynastie ihren Preis. Dank seiner Steuerfreiheit und der unangetasteten Komitatsverfassung blieb der Adel politisch und militärisch aktionsfähig. Er wehrte sich erfolgreich gegen eine Milderung der erbuntertänigen Lasten, mit der Maria Theresia die bäuerliche Steuerkraft zu steigern bezweckte.

Erst Joseph II. begegnete dieser adligen Widerspenstigkeit mit offenen und durchgreifenden Zentralisierungsmaßnahmen. Sein aufklärerischer Absolutismus versuchte auch in Ungarn, Foren zu beseitigen, die ihm als Hemmnisse sozialen Fortschritts galten. Die Aktivität des Reichstags wurde ausgesetzt, die Komitatsautonomie aufgehoben, und die katholische Kirche geriet unter staatliche Vormundschaft. Damit fühlten sich Gegenkräfte herausgefordert, die die Aufklärung als Antrieb zur Pflege der Nationalsprache rezipiert hatten, so daß ihnen die noch so zweckmäßige Einführung der deutschen Amtssprache als Germanisierung erschien. Der Josephinismus erzeugte so einen Widerstand, welcher der staatsungarischen Tradition verpflichtet, sozial jedoch wenig ausgeprägt war. Die ungarischen Stände ließen auf dem wieder einberufenen Reichstag von 1790/91 die Unabhängigkeit des Königreichs bestätigen.

Parallel zu diesem Reichstag entwickelte sich eine radikale, intellektuell geprägte Reformbewegung der ungarischen Jakobiner. Ohne breiteren Rückhalt im Adel wurde sie jedoch 1795 vom Wiener Hof in einem aufsehenerregenden Prozeß erstickt. Auf kulturellem Gebiet wirkten die Impulse der Aufklärung dagegen fort und brachten eine Generation von Neuerern hervor, die das Fundament der ungarischen Nationalbewegung legten. Als 1825 der Landtag erstmals seit 1812 wieder einberufen wurde, begann eine Epoche der Reformen, die auf eine tiefgreifende Modernisierung Ungarns durch den wohlhabenden Landadel abzielte. Symbol der Neuerung war die Einführung des Ungarischen als Staatssprache. Dominierten zuerst die an wirtschaftlichen Reformen orientierten Konzeptionen István Graf Széchenyis, so führte die Kritik an der überkommenen Sozialordnung bald zur Forderung, Ungarn entlang liberaler Vorstellungen zu einer konstitutionellen Monarchie umzugestalten. Diese Forderung, die vor allem vom Komitatsadel unter der Führung von Lajos Kossuth erhoben wurde, kam im März 1848 mit dem Sturz Metternichs endgültig zum Durchbruch. Innerhalb eines Monats wurde ein verantwortliches Ministerium mit Lajos Graf Batthyány an der Spitze ernannt und Ungarn in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt: Mit den auch vom Monarchen bestätigten sog. „Aprilgesetzen“ wurde der Reichstag zu einem nach Zensuswahlrecht gewählten Parlament, das Ministerium erhielt eine gesetzliche Grundlage, die Bürgerrechte wurden garantiert, ständische Privilegien abgeschafft, die Bauernbefreiung verkündet und die Union mit Siebenbürgen beschlossen.

Ließ sich die innere Umgestaltung Ungarns auf der Grundlage eines in mehr als zwanzigjähriger Debatte herausgebildeten Reformkonsenses innerhalb weniger Wochen vollenden, so war die Einbettung des Landes in die bevorstehende konstitutionelle Reform der Gesamtmonarchie völlig offen. Die Aprilgesetze hatten das Verhältnis zu den übrigen Kronländern nur vorläufig geregelt, und die ungarische Regierung weigerte sich mit Hinweis auf die verfassungsmäßige Eigenständigkeit Ungarns, Abgeordnete an den Wiener (spä-

ter Kremsierer) Reichstag wählen zu lassen. Zudem hatten die Aprilgesetze mit ihrer zentralistischen Ausrichtung die von den jungen Nationalbewegungen der Kroaten, Serben, Slowaken und Rumänen genährten Hoffnungen zu nichte gemacht, nunmehr als politische Größen anerkannt zu werden. Diese Enttäuschung führte im Sommer 1848 zu bewaffneten Auseinandersetzungen, wobei der Wiener Hof vor allem die militärisch schlagkräftigen Kroaten unter Banus Josip Jelačić ermutigte und bald auch offen unterstützte. Die Radikalisierung des Konfliktes wurde im September 1848 mit dem Rücktritt Batthyáynys und der Konzentration politischer Macht in dem von Kossuth geleiteten Landesverteidigungsausschuß offenkundig. Ohne internationale Unterstützung konnte die ungarische Regierung, die als Antwort auf die österreichische Märzverfassung mit der Absetzung der Habsburger im April 1849 auch verfassungsrechtlich den Bruch mit Österreich vollzog und Kossuth als Reichsverweser an die Spitze des Staates stellte, trotz beachtlicher militärischer Erfolge jedoch allenfalls darauf hoffen, die kaiserlichen Truppen zu zermürben und den Hof zu einem Kompromiß zu bewegen. Die russische Intervention machte im Sommer 1849 auch dieser Hoffnung ein Ende und führte zu einem gnadenlosen Gericht der Sieger. (→ Magocsi: Karte 25a)

Trotz der militärischen Niederlage war in der Revolution von 1848 die Grundlage eines modernen ungarischen Nationalstaates gelegt worden. Mit einer konsequenten Verweigerungshaltung und dem Beharren auf der Rechtsgültigkeit der Aprilgesetze machte der Komitatsadel deutlich, daß sich das neoabsolutistische Regime, das die ungarische Verfassung durch die Absetzung der Monarchie als verwirkt ansah, nicht auf Dauer würde durchhalten lassen. Selbst im Gefolge des Oktoberdiploms von 1860 entzog sich Ungarn allen Versuchen der Integration in eine Reichsverfassung. Immerhin gelang der neoabsolutistischen Wiener Regierung der Ausbau staatlicher Bürokratie und die Erneuerung des Bildungswesens. Diese bildeten die Ecksteine einer defensiven Modernisierung, auf der die ungarischen Regierungen nach 1867 aufbauen konnten. Dagegen belastete der Versuch, Slowaken, Rumänen und Serben durch breite Spielräume kultureller Entfaltung und politischer Gleichberechtigung für eine gesamtstaatliche, föderale Lösung zu gewinnen und so gegen die magyarischen politischen Führungsschichten Ungarns auszuspielen, auf lange Sicht das Verhältnis zwischen den Magyaren und den „Nationalitäten“. Ein *Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn, dem König und der Nation, erwies sich schließlich auf dem von Ferenc Deák gewiesenen Weg strenger Rechtskontinuität als möglich.

Die Zeit des österreichisch-ungarischen Dualismus

Durch den Ausgleich von 1867 und die Union mit Siebenbürgen wurde Ungarn zu einem innenpolitisch nahezu völlig selbständigen, zentralistisch verfaßten Nationalstaat innerhalb der Habsburgermonarchie. Allein das Kriegs-

wesen, die Außenpolitik und die dazugehörigen Finanzen blieben als gemeinsame Angelegenheiten erhalten. Kroatien wurde 1868 als Nebenland der Stephanskronen die Autonomie in Justiz-, Verwaltungs- und Kulturangelegenheiten gewährt. Der Zusammenschluß der ehemaligen Befürworter und Gegner des Ausgleichs zur Liberalen Partei unter Führung von Kálmán Tisza brachte eine Periode langanhaltender politischer Stabilität, die auf einem restriktiven und manipulierbaren Wahlrecht beruhte, zugleich aber den kontinuierlichen inneren Ausbau Ungarns zu einem modernen Verfassungsstaat ermöglichte. Die politische Dominanz des Komitatsadels wurde auch durch die allmähliche industrielle Entwicklung kaum in Frage gestellt, wobei der traditionell starke Lebensmittelsektor durch die Aufhebung der Zollschränken zu Österreich besondere Impulse erfuhr. Daneben entstand eine bürgerliche Funktionselite, in der die Angehörigen verschiedener Völker und besonders die weitgehend assimilierten Juden zu einer magyarisch geprägten Bildungsschicht verschmolzen. Den nichtmagyarischen Völkern Ungarns war mit dem Nationalitätengesetz von 1868 ein Integrationsangebot gemacht worden, welches auf die Idee staatsbürgerlicher Gleichheit und weitreichender Sprachenrechte auf lokaler Ebene setzte. Bereits in den 1870er Jahren gewannen in der Öffentlichkeit jedoch zunehmend nationalmagyarische, teilweise auch offen chauvinistische Strömungen die Oberhand, die bald auf die Regierungspolitik abfärbten und ein eigenständiges Kulturleben vor allem der Slowaken massiv behinderten. Als sich in der Volkszählung von 1900 (ohne Kroatien) mit 51,4 % erstmals eine Mehrheit der Bevölkerung zur ungarischen Muttersprache bekannte (gegenüber 16,6 % Rumänen, 11,9 % Slowaken, 11,9 % Deutschen, 2,6 % Serben, 2,5 % Ruthenen und 1,1 % Kroaten), was in nationalmagyarischen Kreisen als wichtiger Schritt zu einem homogenen Nationalstaat gefeiert wurde, schien die magyarische Vorherrschaft innerhalb Ungarns auch demographisch abgesichert zu sein. Politisch beherrschend blieb jedoch das Verhältnis zu Österreich. Die Betonung der nationalen Eigenständigkeit Ungarns entzündete sich an der Frage des gemeinsamen Heeres und an den periodischen Neuverhandlungen der wirtschaftlichen Aspekte des Ausgleichs, die um die Jahrhundertwende das Verfassungsleben beider Teile der Monarchie lahmzulegen drohten und das dualistische System an seine Grenzen führten. Vorbereitungen zur Einführung eines allgemeinen Wahlrechts durch die von Franz Joseph I. oktroyierte Beamtenregierung Géza Fejérvárys zwangen die Gegner des Dualismus nach dem Sturz der Liberalen Partei im Jahr 1905 zwar zur Mäßigung. Deutlich wurde jedoch, daß eine Demokratisierung und damit eine Ablösung der grundbesitzenden Führungsschichten ebenso wie die überfällige Neuordnung des Verhältnisses zu Österreich nahezu blockiert waren.

Ungarn seit dem Ersten Weltkrieg

Die militärische Niederlage der Monarchie löste im Herbst 1918 die staatsrechtliche Bindung an Österreich und schuf zugleich den Spielraum für eine weitreichende innere Umgestaltung Ungarns. Die bürgerliche „Aster“-Revolution unter Mihály Graf Károlyi Ende Oktober 1918 wurde jedoch durch die Loslösung großer Teile des historischen Ungarn und die Angliederung an die Nachbarstaaten schwer belastet. Auch der Versuch, durch die Übergabe der Regierung an die sozialistische Räterepublik Béla Kuns im März 1919 ein Einlenken der Ententemächte zu erzwingen, blieb außenpolitisch erfolglos und führte im Inneren zur Auflösung jeder staatlichen Ordnung. Nach dem Zusammenbruch der Räterepublik verblieb als einzige politisch durchsetzungsfähige Kraft die radikale Rechte unter Admiral Miklós Horthy, die dem vorangegangenen „roten“ nun einen „weißen“ Terror entgegensetzte. Erst mit den Wahlen von 1920 und der Ernennung Horthys zum Reichsverweser, einem Akt, der die Staatsform Ungarns bewußt in der Schwebe ließ, setzte ein geregeltes politisches Leben ein. Mit der widerwilligen Zustimmung zu dem am 4. Juni 1920 unterzeichneten Friedensvertrag von Trianon wurde die Abtretung der Slowakei, der Karpato-Ukraine, Siebenbürgens, des Banats, der Batschka sowie des Burgenlandes besiegelt und Ungarn auf seine mehrheitlich magyarischen Gebiete reduziert. Innerhalb Ungarns lebten bei einer Gesamtbevölkerung von 7,6 Mio. Einwohnern (gegenüber vormals 20,9 Mio. einschließlich Kroatiens) nunmehr 89,6 % Magyaren, 6,9 % Deutsche und 1,8 % Slowaken, während sich 3,3 Mio. Magyaren außerhalb Ungarns wiederfanden.

In der Folge leitete Horthy eine Phase außenpolitischer Konsolidierung ein, die auch durch zwei gescheiterte Restitutionsversuche König Karls im Jahr 1921 nicht nachhaltig gestört wurde. Eine offensive Revisionspolitik blieb angesichts der außenpolitischen Isolierung Ungarns und der ständigen Drohung einer Invasion durch die *Kleine Entente zwar vorerst illusorisch, nach innen begründete das ständige Bekenntnis zu einer langfristigen Revision des Friedensvertrags hingegen einen nationalen Konsens. Die Ernennung István Graf Bethlens zum Ministerpräsidenten markierte 1921 die Rückkehr zu einer brüchigen politischen und gesellschaftlichen Stabilität, die sich eng an Vorkriegsverhältnisse anlehnte, aber fortan erweitert um die Einbindung des grundbesitzenden Bauerntums. Auch wenn der erstarkte Antisemitismus innerhalb der Mittelschichten durch de facto gegen Juden gerichtete Zugangsbeschränkungen zu den Hochschulen institutionalisiert wurde, blieb deren Integration in die ungarischen Bildungsschichten bis 1938 weitgehend unberührt. Erst die sozialen Erschütterungen infolge der Weltwirtschaftskrise brachten der radikalen Rechten unter Gyula Gömbös politischen Einfluß; als Ministerpräsident leitete er 1932-1936 die Ablösung der konservativen Eliten ein. Ohne eine organisierte rechte Massenbewegung mußte die angestrebte radikale Umgestaltung des politischen Systems jedoch unterbleiben. Trotz der immer stärker-

ren Anlehnung an das nationalsozialistische Deutschland, die ihren deutlichsten Niederschlag ab 1938 in einer drastischen Verschärfung der Judengesetzgebung fand, blieb Ungarn so bis 1944 durch ein auf einen brüchigen Konsens der Eliten gegründetes, innerhalb des nationalsozialistischen Hegemonialbereiches geradezu liberal anmutendes politisches System gekennzeichnet.

Nach außen hin erschien Ungarn anfangs als Nutznießer deutscher Hegemonialpolitik. Auf deutschen Druck hin wurden Ungarn in den Wiener „Schiedssprüchen“ von 1938 und 1940 Teile der Slowakei sowie Nordsiebenbürgen zugesprochen, im März 1939 nutzte Ungarn die Zerschlagung der Tschechoslowakei zur Annexion der Karpato-Ukraine. Der deutsche Überfall auf Jugoslawien bewegte auch Ungarn im April 1941 zum Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte, wodurch Ungarn die Batschka gewann. Doch bereits 1942 leitete Premierminister Miklós Kállay eine Politik behutsamer Distanzierung von Deutschland ein. Im März 1944 erzwang Hitler schließlich die Zustimmung Horthys zu einer deutschen Besetzung Ungarns, die weiteren Absetzbewegungen vorbeugen sollte. Der unmittelbar darauf einsetzenden Deportation und Ermordung ungarischer Juden setzte Horthy erst spät wirksamen Widerstand entgegen. Der Versuch, nach rumänischem Vorbild die Seiten zu wechseln, um einer Eroberung durch die Rote Armee vorzubeugen und den Krieg auf der Seite der Alliierten beenden zu können, scheiterte im Oktober 1944. Horthy wurde zur Abdankung gezwungen, die Macht übernahm eine nationalsozialistische Marionettenregierung der „Pfeilkreuzler“ unter Ferenc Szálasi. Nach der mehrwöchigen Belagerung Budapests durch die Rote Armee im Winter 1944/45 und der vollständigen Eroberung Ungarns im April 1945 übernahm eine zuerst in Debrecen eingerichtete und von der sowjetischen Besatzungsmacht protegierte Provisorische Regierung die Macht.

Die Wirtschaft war weitgehend zerstört, der Staatsapparat zerschlagen und die Provisorische Regierung nur eine machtlose Institution, während die sowjetische Besatzungsmacht bereits mit der Umgestaltung des Landes begann. Obwohl mit Rücksicht auf die Westmächte ein pluralistisches Parteiensystem zugelassen wurde, besetzten die sowjetischen Behörden schon in dieser ersten Phase der ungarischen Nachkriegsgeschichte Schlüsselpositionen mit in Moskau geschulten Kommunisten. Nach den ersten allgemeinen Wahlen erreichte die Kleinlandwirtpartei die absolute Mehrheit, während die „Partei der Kommunisten in Ungarn“ unter Mátyás Rákosi hinter den Sozialdemokraten an dritter Stelle stand. In den darauffolgenden drei Jahren vernichteten die Kommunisten mit Hilfe der Sowjetunion alle anderen Parteien Schritt für Schritt (sog. „Salami-Taktik“), die Sozialdemokraten wurden mit der KP zwangsvereinigt, politische Gegner in stalinistischen Schauprozessen abgeurteilt und – nach Stalins Bruch mit Tito – die nichtmoskowitzische, heimatkommunistische innerparteiliche Opposition beseitigt, so daß im August 1949 die volksdemokratische Verfassung verkündet werden konnte. (→ Magocsi: Karte 40a)

In der zweiten, von stalinistischen Methoden geprägten Entwicklungsphase (1948-1956) sollte nicht nur die machtpolitische und ökonomische Umgestaltung Ungarns, sondern auch die gesellschaftliche Umerziehung nach sowjetisch-stalinistischem Muster erfolgen. Der Tod Stalins und die beginnende Destalinisierung in der UdSSR bewirkten, daß Rákosi 1953 das Amt des Regierungschefs an Imre Nagy abgeben mußte. Zwei Jahre später konnte Rákosi für kurze Zeit die Macht in Ungarn wieder übernehmen und versuchte die von Nagy begonnenen Reformen rückgängig zu machen. Den friedlichen Sympathiekundgebungen der ungarischen Studenten für die polnische Reformbewegung schloß sich die Bevölkerung von Budapest an, und aus der Demonstration für Polen wurde eine Bewegung gegen den zwischenzeitlich zum Regierungschef ernannten Ernő Gerő und gegen die sowjetische Besetzung. Nach dem gewaltsamen Eingreifen der ungarischen Staatssicherheit ÁVH weiteten sich die Kundgebungen zu einem Volksaufstand aus, an dessen institutioneller Spitze eine Koalitionsregierung unter Imre Nagy stand. Dieser versuchte durch die Trennung von Partei und Staat einen Rechtsstaat aufzubauen, Ungarn durch den Austritt aus dem Warschauer Pakt und eine Neutralitätserklärung aus dem sowjetischen Hegemoniebereich herauszulösen sowie ein Mehrparteiensystem mit demokratischer Legitimation zu schaffen. Obwohl der Aufstand nach kurzer Zeit durch sowjetische Truppen gewaltsam niedergeschlagen wurde und keine ausreichende Zeit zur Institutionalisierung eines neuen Systems blieb, hatte der Aufstand die positive Wirkung der schnellen und radikalen Zerstörung des stalinistischen Systems. Dies machte in den darauffolgenden Jahrzehnten einen Personenkult, eine aggressive politische Propaganda oder Massenmobilisierungen der Bevölkerung unmöglich.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes stand János Kádár an der Spitze der Partei, der anfänglich die Revolution unterstützt hatte, dann jedoch zu den Sowjets übergelaufen war. Nach einer Zeit der politischen Schauprozesse und der inneren Säuberung, in deren Verlauf über 450 Todesurteile vollstreckt wurden, entstand das System des sog. „Kádárismus“, das seine Legitimation nicht mehr durch politische Mittel allein suchte, sondern auf wirtschaftliche, sozialpolitische und gesellschaftliche Wohlfahrt baute. Eine vorsichtige Liberalisierung – wenn auch keine substanziellen Reformen – wurde durch eine pragmatische, am sowjetischen Kurs orientierte Außenpolitik abgesichert. Innenpolitisch charakterisierte die Idee des Brückenschlags zwischen kommunistischer Führung und Bevölkerung das System, das sich offen vom Stalinismus distanzierte und besonders durch wirtschaftliche Reformen sowie durch eine weitgehende Entpolitisierung der Bevölkerung auffiel. Der „Neue ökonomische Mechanismus“, eingeführt kurz vor der Niederschlagung des Prager Frühlings, sorgte durch die Etablierung einer halblegalen „zweiten Wirtschaft“ für kleinere ökonomische Freiheiten und einen vergleichsweise hohen Lebensstandard der Bevölkerung. Diese beginnende ökonomische Ausdifferenzierung,

die in den 80er Jahren durch ein politisch-oppositionelles System ergänzt wurde, hatte die Entstehung verschiedener inner- und außerparteilicher Interessengruppen zur Folge.

Die aufgrund einer hohen Auslandsverschuldung zunehmende Krise im ökonomischen Sektor und der beginnende Kurswechsel in der Sowjetunion bewirkten Ende der 80er Jahre die Entstehung einer innerparteilichen Reformbewegung, die Kádár ablöste und mit der Beseitigung des Einparteienstaates begann. Innenpolitisch ließ der Druck nach, und die Ablehnung des Totalitarismus sowie die Hinwendung zu demokratischen Prinzipien wurde 1989 durch die Totalrevision der Verfassung und die Ausrufung der „Republik Ungarn“ als unabhängiger, demokratischer Rechtsstaat deutlich. Dies hatte zur Folge, daß eine Vielzahl alter und neuer politischer Gruppierungen ins Leben gerufen wurden. Auch außenpolitisch wurde die vormals strikt sowjetisch orientierte Politik geändert, was sich in der Öffnung nach Westen, der Beseitigung des „Eisernen Vorhangs“ und der Grenzöffnung für DDR-Bürger manifestierte. Ihren Höhepunkt erreichte die Selbstdemontage des kommunistischen Einparteienstaates – an der sich die Bevölkerung, anders als in anderen Reformstaaten, kaum beteiligte – durch die Einführung eines Mehrparteiensystems mit freien Wahlen, die 1990 eine konservative Koalition an die Regierung brachten.

Innenpolitisch war die erste postkommunistische Phase geprägt von der Demokratisierung des politischen Systems, der Schaffung rechtsstaatlicher Institutionen, der Transformation des ökonomischen Systems in eine Marktwirtschaft, die mit Veränderungen des gesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Gefüges einherging. Die politisch-wirtschaftlichen und gesellschaftlich-strukturellen Ausgangsbedingungen waren – abgesehen von der äußerst hohen Auslandsverschuldung – günstiger als in den meisten anderen Reformstaaten. Die postkommunistische, vom sowjetischen Kurs abgewichene Außenpolitik verfolgte die Einbindung in die westeuropäischen politischen, ökonomischen und militärischen Strukturen, entwickelte aber auch subregionale, regionale und zwischenstaatliche Kooperationskonzepte, einerseits um eine Adaption an die westlichen Bündnisssysteme zu erleichtern, andererseits um durch gutnachbarschaftliche Beziehungen die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten unterstützen zu können.

Forschungsfragen

Die neuerdings verstärkt interdisziplinär ausgerichtete Landnahmeforschung hat die Staatswerdung der Magyaren so weit nachgezeichnet, daß nunmehr vor allem Teilaspekte erforschungswürdig erscheinen. Das Hoch- und Spätmittelalter betreffend fehlt es an einem abschließenden Vergleich ungarischen und westeuropäischen Ständewesens. Im Hinblick auf die Osmanenherrschaft

müßten die rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den getrennt verwalteten Landesteilen der Stephanskronen ausgiebiger als bisher behandelt werden. Im weiteren Verlauf stellt sich die Kardinalfrage nach den Chancen und Perspektiven der politisch-rechtlichen und sozioökonomischen Erneuerung des habsburgischen Großstaates, dem nicht nur die Regelung seiner inneren Vielgestaltigkeit, sondern auch die Überwindung feudaler Strukturen immense Anstrengungen abverlangte. Ein gründlicher Vergleich der Nationalitätenpolitik Budapests nach 1867 mit derjenigen anderer europäischer Staaten steht ebenfalls aus. Im Hinblick auf die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten der Minderheitenmagyaren nach 1918-1920 wären deutlichere sozialgeschichtliche Akzente zu setzen. Im Zeitalter der beiden Weltkriege sind die Theorien der internationalen Totalitarismusforschung wenig überzeugend zur Beschreibung des politischen Systems Ungarns verwertet worden. Schließlich sei in bezug auf die kommunistische Nachkriegszeit auf die Rolle linksradikaler Eliten bei dem Aufbau und der Belebung diktatorischer Herrschaftsmechanismen hingewiesen, die bisher weder für Ungarn noch für die ungarischen Minderheitengruppen umfassend thematisiert worden ist.

Die umfangreichste Sammlung ungarischer Geschichtsquellen beherbergt das Ungarische Staatsarchiv (Budapest). In den einzelnen Komitats- und Kirchenarchiven Ungarns lagern Materialien lokal- und konfessions-, vielfach aber auch allgemein landesgeschichtlicher Relevanz. Die Széchényi-Landesbibliothek (Budapest) verfügt als zentrale Sammelstelle weltweit gedruckter Hungarica auch über mehrere Handschriften- und Dokumentationsabteilungen vor allem kulturgeschichtlicher Bedeutung. Gleiches gilt für folgende Einrichtungen, die sich mit ihren Sammlungen von u.a. Nachlaß- und Oral-History-Materialien sowie Denkschriften- und Untergrundliteratur auf das 20. Jh. konzentrieren: László-Teleki-Stiftung, Budapest (u.a. Außenpolitik Ungarns und die Lage nationaler Minderheiten in Ostmitteleuropa, insbesondere der Magyaren), 1956er Dokumentations- und Forschungsinstitut, Budapest (u. a. ungarischer Stalinismus und Einparteienstaat, Oktoberaufstand 1956), Sammlung für Gesellschaftstheorie und Zeitgeschichte an der Attila-József-Universität, Szeged (u.a. ideologische und geistige Strömungen in der Nachkriegszeit, antikomunistische Untergrundopposition, ungarisches Exil). Jeweils mit Spezialbibliothek ausgestattet sind die verschiedenen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, so das Geschichtswissenschaftliche Institut, Budapest, das die Führungsrolle unter den historiographischen Forschungsstätten Ungarns innehat. Für geschichtsorientierte fachliche Kontakte mit quellenkundlicher und bibliographischer Beratung seien im deutschsprachigen Raum zwei universitäre Institute für Finnougristik empfohlen, die Hungarologie als interdisziplinäre Regionalwissenschaft begreifen und lehren (Zentrum für Hungarologie im Finnisch-

Ugrischen Seminar der Universität Hamburg; Institut für Finnougristik der Universität Wien), außerdem zwei außeruniversitäre Institute fächer- und epochenübergreifender Ungarn-Forschung, beide mit Spezialsammlungen und Publikationstätigkeit (Südost-Institut und Ungarisches Institut, beide in München).

Auswahlbibliographie

→ Ostmitteleuropa, → Slowakei, → Siebenbürgen

Bibliographien, Atlanten, Nachschlagewerke

1. Die Archive in Ungarn. Budapest, Szeged 1996.
2. Bak, János M.: Literaturbericht über ungarische Geschichte. Veröffentlichungen 1945 bis 1960. In: Historische Zeitschrift, Sonderheft 1 (1962), S. 123-157.
3. Bertényi, Iván u.a.: Királyok könyve. Magyarország és Erdély királyai, királynői, fejedelmei és kormányzói [Das Buch der Könige. Könige, Königinnen, Fürsten und Reichsverweser Ungarns und Siebenbürgens]. Budapest 1997.
4. Kosáry, Domokos: Bevezetés a magyar történelem forrásaiba és irodalmába [Einführung in die Quellen und Literatur zur ungarischen Geschichte]. 3 Bde. Budapest 1951-1958.
5. Magyar életrajzi lexikon [Ungarisches biographisches Lexikon]. 4 Bde. Hg. Ágnes Kenyeres. Budapest 1967-1994.
6. A Magyar Országos Levéltár. Levéltárismeretű [Das Ungarische Staatsarchiv. Archivführer]. Hg. János Lakos. Budapest 1996.
7. Magyarország története térképeken elbeszélve [Ungarns Geschichte auf Karten]. Hg. Ferenc Glatz. Bd. 1. Budapest [1995].
8. Magyarország történeti kronológiája [Historische Chronologie Ungarns]. 4 Bde. Hg. Kálmán Benda. Budapest 1983.
9. A magyar történettudomány válogatott bibliográfiája [Auswahlbibliographie der ungarischen Geschichtswissenschaft] 1945-1968. Budapest 1971.
10. Seewann, Gerhard u.a.: Ungarn. In: Historische-Bücherkunde Südosteuropa. Hg. Mathias Bernath. München 1980, S. 755-1227 (= SOA 76/2).
11. Szántai, Lajos: Atlas Hungaricus. 2 Bde. Budapest 1996.
12. Történeti bibliográfia [Historische Bibliographie] 1985-1993. Bde. 1-9. Budapest 1987-1995.
13. Vardy, Steven Bela: Historical Dictionary of Hungary. Lanham/Md., London 1997 (= EHD 18).
14. Wildner, Dénes: Ortslexikon der ehemaligen Gebiete des historischen Ungarns. A történelmi Magyarország egykori területeinek helynévtára. 2 Bde. Bearb. Ralf Thomas Göllner. München 1996-1998 (= SH 44, 45) [dt.-ung.].

Quellen, Historiographie, Hilfswissenschaften

15. Anjou-kori oklevéltár. Documenta res Hungaricas tempore regum Andegavensium illustrantia, 1301-1387. Hg. Gyula Kristó u.a. Bde. 1-5, 7-9, 11. Szeged 1990-1998.
16. Az Árpád-kori magyar történet bizánci forrásai. Fontes Byzantini historiae Hungaricae aevo ducum et regum ex stirpe Árpád descendunt. Hg. Gyula Moravcsik. Budapest 1984.

17. Bartoniek, Emma u.a.: A magyar történettudomány kézikönyve [Handbuch der ungarischen Geschichtswissenschaft]. Budapest 1926-1929, erw. 1987.
18. Decreta regni Hungariae. Gesetze und Verordnungen Ungarns [1301-1490]. Hg. F. Döry u. a. 2 Bde. Budapest 1976-1989.
19. Fischer, Holger: Politik und Geschichtswissenschaft in Ungarn. Die ungarische Geschichte von 1918 bis zur Gegenwart in der Historiographie seit 1956. München 1982 (= UGSOE 19).
20. Iratok a nemzetiségi kérdés történetéhez Magyarországon a dualizmus korában [Akten zur Geschichte der Nationalitätenfrage in Ungarn in der Epoche des Dualismus]. Hg. Gábor G. Kemény. 6 Bde. Budapest 1952-1985.
21. The Laws of the Medieval Kingdom of Hungary. Decreta regni mediaevalis Hungariae. 1000-1526. Hg. János M. Bak u.a. Bde. I/1-3. Bakersfield/Ca. 1989-1996.
22. A magyar állam- és jogtörténet forrásai. Szöveggyűjtemény [Quellen zur ungarischen Staats- und Rechtsgeschichte. Textsammlung]. Hg. Barna Mezey. Budapest 1998.
23. Magyar liberalizmus [Ungarischer Liberalismus]. Hg. László Tőkész. Budapest 1993.
24. Magyarok kisebbségben és szórásban. A Magyar Miniszterelnökség Nemzetiségi és Kisebbségi Osztályának válogatott iratai [Magyaren in Minderheit und Diaspora. Ausgewählte Schriften der Abteilung für Nationalitäten und Minderheiten des Ministerpräsidentenamtes Ungarns] 1919-1944. Hg. Ignác Romsics u.a. Budapest 1995 (= A magyarságkutatás könyvtára 16).
25. A Magyar Szocialista Munkáspárt Központi Bizottságának jegyzőkönyvei 1957-1989 [Protokolle des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei 1957-1989]. Bde. 1, 1-2, 2. Hg. László Soós. Budapest 1993-1997.
26. Papers and Documents Relating to the Foreign Relations of Hungary. 2 Bde. [1919-1921]. Hg. Francis Deák, Dezső Ujváry. Budapest 1939-1946.
27. Quellen zur Genesis des ungarischen Ausgleichsgesetzes von 1867. Der „österreichisch-ungarische Ausgleich“ von 1867. Bearb. Judit Garamvölgyi. München 1979 (= SH 14).
28. Seewann, Gerhard: Geschichtswissenschaft und Politik in Ungarn 1950-1980. Die Historiographie zu Mittelalter und Neuzeit. In: SOF 41 (1982), S. 261-323.
29. Ungarns Geschichtsschreiber. Hg. Thomas von Bogyay. 4 Bde. Graz u.a. 1976-1985, Sigmaringen 1991.
30. Zsigmondkori oklevéltár [Urkundensammlung aus dem Zeitalter Sigismunds]. Hg. Elemér Mályusz, Iván Borsa. 5 Bde. Budapest 1951-1997.

Gesamt- und Epochendarstellungen

31. Balogh, Sándor; Jakab, Sándor: The History of Hungary after the Second World War, 1944-1988. Budapest 1986.
32. Bogyay, Thomas v.: Grundzüge der Geschichte Ungarns. Darmstadt 1990.
33. Die Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hg. Péter Hanák. Budapest, Essen 1988.
34. A History of Hungary. Hg. Peter F. Sugar. London, New York 1990.
35. Hoensch, Jörg K.: A History of Modern Hungary, 1867-1994. London, New York 1995, dt. [1867-1983] Stuttgart u.a. 1984.

36. Magyarország története tíz kötetben [Ungarns Geschichte in zehn Bänden]. Bde. 1,3-8. Budapest 1976-1989.
37. Ormos, Mária: Magyarország a két világháború korában [Ungarn im Zeitalter der beiden Weltkriege], 1914-1945. Debrecen 1998.
38. Radvánszky, Anton: Grundzüge der Verfassungs- und Staatsgeschichte Ungarns. München 1990 (= SH 35).
39. Ungarn. Hg. Klaus-Detlev Grothusen. Göttingen 1987 (= SOE-Handbuch 5).

Grundlegende Monographien und Aufsätze

40. Adriányi, Gabriel: Beiträge zur Kirchengeschichte Ungarns. München 1986 (= SH 30).
41. Albrecht, Volker; Mezösi, Gábor: Ungarn in Europa. Gesellschaftlicher und raumstruktureller Wandel in Vergangenheit und Gegenwart. Frankfurt/M. 1998 (= Natur, Raum, Gesellschaft 1).
42. Bak, János M.: Königtum und Stände in Ungarn im 14.-16. Jahrhundert. Wiesbaden 1973 (= SGO 6).
43. Barany, George: Stephen Széchenyi and the Awakening of Hungarian Nationalism. Princeton 1968.
44. Batkay, William A.: Authoritarian Politics in a Transitional State. István Bethlen and the Unified Party in Hungary, 1919-1926. Boulder/Co. 1982 (= EEM 102).
45. Borbándi, Gyula: Der ungarische Populismus. Mainz 1976 (= SH 7).
46. Bowlus, Charles R.: Franks, Moravians, and Magyars. The Struggle for the Middle Danube, 788-907. Philadelphia 1995.
47. Bucsay, Mihály: Der Protestantismus in Ungarn 1521-1978. 2 Bde. Wien u.a. 1977-1979.
48. Csáky, Moritz: Von der Aufklärung zum Liberalismus. Studien zum Frühliberalismus in Ungarn. Wien 1981.
49. Deák, Ernő: Das Städtewesen der Länder der Ungarischen Krone (1780-1918). 2 Bde. Wien 1979-1989 (= Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 3, 4).
50. Deák, István: Die rechtmäßige Revolution. Lajos Kossuth und die Ungarn 1848-1849. Wien u.a. 1989.
51. Eggers, Martin: Beiträge zur Stammesbildung und Landnahme der Ungarn. Teil 1: Die ungarische Stammesbildung. In: Ungarn-Jb. 23 (1997), S. 1-63.
52. Fügedi, Erik: Castle and Society in Medieval Hungary (1000-1437). Budapest 1986 (= Studia historica 187).
53. Gati, Charles: Hungary and the Soviet Block. Durham 1986.
54. Gerő, András: Modern Hungarian Society in the Making. The Unfinished Experience. Budapest u.a. 1997.
55. Gerő, András: The Hungarian Parliament (1867-1918). A Mirage of Power. New York 1997 (= EEM 470).
56. Gottas, Friedrich: Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus. Studien zur Tisza-Ära (1875-1890). Wien 1976 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 16).
57. Göckenjan, Hansgerd: Hilfsvölker und Grenzwächter im mittelalterlichen Ungarn. Wiesbaden 1972 (= SGO 5).
58. Hainbuch, Friedrich: Kirche und Staat in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1982 (= SH 22).

59. Hanák, Péter: Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Wien u.a. 1984 (= Schriftenreihe des OSI 10).
60. Hefty, Georg P[aul]: Schwerpunkte der Außenpolitik Ungarns 1945-1973. Vorgeschichte, Infrastruktur, Orientierung, Interaktionsprozesse. München 1980 (= tudv-Studien, Reihe Sozialwissenschaften 16).
61. Hegyi, Klára: Török berendezkedés Magyarországon [Türkisches Einrichtungswerk in Ungarn]. Budapest 1995 (= História könyvtár. Monográfiák 7).
62. Horváth, Zoltán: Die Jahrhundertwende in Ungarn. Geschichte der zweiten Reformgeneration (1896-1914). Neuwied 1966.
63. Hungarian-Ottoman Military and Diplomatic Relations in the Age of Süleyman the Magnificent. Hgg. Géza Dávid, Pál Fodor. Budapest 1994.
64. Janos, Andrew C.: The Politics of Backwardness in Hungary, 1825-1945. Princeton/NJ 1982.
65. Juhász, William: Hungarian Social Science Reader (1945-1963). New York 1965.
66. Kecskeméti, Károly: La Hongrie et le reformisme liberal. Problemes politiques et sociaux (1790-1848). Rom 1989 (= Storia moderna e contemporanea, Fonti e studi 1).
67. Kellner, Maximilian Georg: Die Ungarneinfälle im Bild der Quellen bis 1150. Von der „Gens detestanda“ zur „Gens ad fidem Christi conversa“. München 1997 (= SH 46).
68. Kosáry, Domokos: Culture and Society in Eighteenth-Century Hungary. Budapest 1987.
69. Kovrig, Bennett: Communism in Hungary. Stanford/Ca. 1979.
70. Kovács, Maria M.: Liberal Professions and Illiberal Politics. Hungary from the Habsburgs to the Holocaust. Washington, Oxford 1994.
71. Lahav, Yehuda: Der Weg der kommunistischen Partei Ungarns zur Macht. 2 Bde. München 1985-1986 (= SH 19).
72. Macartney, C. A.: October Fifteenth. A History of Modern Hungary, 1929-1945. 2 Bde. Edinburgh 1961.
73. Miskolczy, Julius: Ungarn in der Habsburger-Monarchie. Wien, München 1959 (= Wiener historische Studien 5).
74. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen. Red. Peter Berger. Wien, München 1967.
75. Paládi-Kovács, Attila: The Society and Culture of the Lesser Nobility. In: ders.: Ethnic Traditions, Classes and Communities in Hungary. Budapest 1996, S. 9-62.
76. Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989. Schwerpunkt Ungarn. Hg. Karlheinz Mack. Wien, München 1995 (= Schriftenreihe des OSI 23).
77. Sashegyi, Oskar: Ungarns politische Verwaltung in der Ära Bach, 1849-1860. Graz 1979 (= Zur Kunde Südosteuropas II/7).
78. Shawcross, William: Crime and Compromise. János Kádár and the Politics of Hungary Since Revolution. London 1974.
79. Siklós, András: Revolution in Hungary and the Dissolution of the Multinational State 1918. Budapest 1988 (= Studia historica 189).
80. Spira, György: The Nationality Issue in the Hungary of 1848-49. Budapest 1992.
81. Szabad, György: Hungarian Political Trends between the Revolution and the Compromise (1849-1867). Budapest 1977 (= Studia historica 128).

82. A szabadságharc és forradalom története [Geschichte des Freiheitskampfes und der Revolution]. Hg. *Róbert Hermann*. Budapest 1996.
83. *Szakály, Ferenc*: Magyar intézmények a török hódoltságban [Ungarische Institutionen unter türkischer Herrschaft]. Budapest 1997 (= Társadalom- és művelődéstörténeti tanulmányok 21).
84. *Szöllösi-Janze, Margit*: Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft. München 1989 (= Studien zur Zeitgeschichte 39).
85. *Tilkowszky, Loránt*: Nemzetiségi politika Magyarországon a 20. században [Nationalitätenpolitik in Ungarn im 20. Jh.]. Debrecen 1998.
86. Das Ungarnbild in Deutschland und das Deutschlandbild in Ungarn. Hg. *Holger Fischer*. München 1996 (= Aus der SOE-Forschung 6).

Zeitschriften

87. Acta historica Academiae Scientiarum Hungaricae (Budapest) 1951-1989
88. Aetas (Szeged) 1985ff.
89. Cahiers d'études hongroises (Paris) 1989ff.
90. Finnisch-Ugrische Mitteilungen (Hamburg, Göttingen) 1977ff.
91. Folia historica (Budapest) 1972ff.
92. Hungarian Studies (Budapest) 1985ff.
93. Hungarológia (Budapest) 1993ff.
94. Hungarológiai értesítő (Budapest) 1979ff.
95. Hungarologische Beiträge (Jyväskylä) 1993ff.
96. Levéltári híradó (Budapest) 1951-1960, Forts. Levéltári szemle 1961ff.
97. Levéltári közlemények (Budapest) 1923ff.
98. Rivista di Studi Ungheresi (Roma) 1986ff.
99. Századok (Budapest) 1867ff.
100. Történelmi szemle (Budapest) 1958ff.
101. Történeti szemle (Budapest) 1912-1930.
102. Ungarische Jahrbücher (Berlin) 1921-1943.
103. Ungarn-Jahrbuch (München) 1969ff.

Ralf Thomas Göllner (Nach 1945),

Zsolt K. Lengyel (Von den Anfängen bis 1790, Forschungsfragen),

Joachim von Puttkamer (1790-1945)

Venedig

Historische Grundzüge

Als die in das *Imperium Romanum* einfallenden Langobarden Venetien eroberten, war der Lagunengürtel das einzige, was Byzanz von Oberitalien für sein Reich bewahren konnte. Daraufhin flüchteten Teile der romanischen Bevölkerung vor den Germanen in die Lagunen. Im Verlauf des 7. und 8. Jhs. etablierte sich hier Grado als Sitz des *Patriarchen, wo er nach der Flucht aus Aquileia Schutz gesucht hatte. Die ikonoklastischen Auseinandersetzungen in Byzanz hatten den Prozeß der Ablösung von der fernen Zentralregierung zugunsten der Selbständigkeit der Provinz begünstigt, so daß zwischen dem 9. und 11. Jh. Venedig als Stadtstaat entstand. Zu diesem Zeitpunkt hatte es sich dank seiner merkantilen Verbindungen zwischen den wirtschaftlichen Großräumen der lateinischen Welt, dem Islam und Byzanz bereits konsolidiert.

Trotz der Befreiung aus der Subordination gab Venedig die enge Bindung zu Byzanz nicht auf. Der erfolgreiche Dalmatienfeldzug 1000/01 brachte dem Dogen den Titel *dux Veneticorum et Dalmaticorum* ein und verhalf der Stadt zu einer einflußreichen Position an der Adria. Nach Erfolgen gegen arabische und slawische Flotten im 9. und 10. Jh. ließen auch die normannischen Expansionsversuche im 11./12. Jh. Venedig gestärkt zurück, da die tatkräftige Hilfe, die die Venezianer zur Verteidigung der Adria leisteten, von Byzanz mit der Gewährung wichtiger Privilegien vergolten wurde (erstmalig 1082). Durch die Teilnahme an den Kreuzzügen konnten Venedig und seine Konkurrentinnen Genua und Pisa ihre Positionen im Byzantinischen Reich und den Kreuzfahrerstaaten weiter stärken, so daß sie das östliche Mittelmeer und die Ägäis vom späten 12. bis zum späten 15. Jh. als Seemächte weitgehend dominierten. Mit diesen außenpolitischen Veränderungen ging die Entstehung des *commune Veneciarum* einher, das die Macht des Dogen zugunsten einer Herrschaft des Adels brach.

Den Höhepunkt seiner Macht erreichte Venedig, als es ihm im Rahmen des vierten Kreuzzugs 1201-1204 gelang, durch eine geschickte Umlenkung des Kreuzfahrerheers zunächst Zara (die wichtigste Konkurrentin im dalmatinischen Raum, die als Vasall dem König von Ungarn unterstand), und anschließend mit der Eroberung von Konstantinopel das Byzantinische Reich zu zerschlagen und aufzuteilen. Venedig sicherte sich dabei wichtige Stützpunkte zur Kontrolle des Handels, darunter Kreta und einen Teil Konstantinopels, während sich der Doge „Herrscher über drei Achtel des Römischen Reiches“ nannte. Die 1204 gewonnenen wirtschaftlichen Positionen konnten trotz mehrerer Seekriege mit Genua und umwälzender politischer Veränderungen wie die Rückeroberung Konstantinopels durch das Reich von Nikäa und den Aufstieg des Osmanischen Reiches im 14./15. Jh., bis um 1500 behauptet wer-